

## Die südslawische Frage.

Drachtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

v Budapest, 25. September.

Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte über die südslawische Frage in der gestrigen Konferenz der Journalisten: „Die südslawische Frage erhält ihre Aktualität durch jene systematischengearbeiteten, deren Zweck die Veränderung des staatsrechtlichen Verbandes ist. Es handelt sich nicht darum, einer nationalen Vereinigung auf alle Fälle in den Weg zu treten, sondern darum, daß gegen die Interessen der ungarischen Nation und der Monarchie eine innerlich so wenig einheitliche Masse, die weder ethnographisch, noch konfessionell, noch kraft ihrer Traditionen oder ihrer Lebensart eine Einheit jemals gebildet hat oder jetzt bildet, zusammengeschnitten werden soll. Es gibt keinen ungarischen Politiker von Bedeutung, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir auch weiterhin noch aufrecht und wir halten es als unser gesetzlich verbürgtes Recht. Andererseits darf man aber nicht dagegen Stellung nehmen, daß auch Oesterreich auf diese Frage Einfluß nimmt. Die ausdrücklichen Verfügungen mehrerer unserer Gesetze geben Oesterreich das Recht, mitzusprechen, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß der gegenwärtige Zustand nur in gemeinsamem Einverständnis abgeändert werden kann.“

Graf Stephan Tisza ist von seiner Reise nach Agram und Sarajewo wieder in die ungarische Hauptstadt zurückgekehrt. Er hat mit südslawischen Politikern aller Richtungen Fühlung genommen, ebenso mit Mohammedanern in Bosnien. Unter diesen Politikern befanden sich einzelne Anhänger einer Angliederung Bosniens an Ungarn (das Projekt, das auch von der ungarischen Regierung verfolgt wird), ferner Vertreter der sogenannten großkroatischen Lösung, darunter der bekannte Politiker Dr. Pilar; endlich wurde dem Grafen Tisza von 23 Anhängern der jugoslawischen Lösung ein Memorandum überreicht. Diese Politiker wünschen die Vereinigung aller serbo-kroatischen Länder. Sie scheinen bei dem Grafen Tisza auf heftigen Widerstand gestoßen zu sein. Der „Beste Lloyd“ berichtet von einer erregten Debatte, worin Graf Tisza die Forderungen des Memorandums aufs entschiedenste zurückwies.

fr Wien, 25. September.

Die ungarischen Pläne bezüglich der südslawischen Frage werden von allen österreichischen Parteien heftig bekämpft. Es tauchte sogar das falsche Gerücht auf, daß Deutsche und Tschechen eine gemeinsame Aktion in dieser Frage geplant hätten. Bisher hatte man geglaubt, daß die südslawische Frage nur im Zusammenhang mit der austro-polnischen Lösung angeschnitten werden solle. Obwohl nun von dieser kaum mehr die Rede ist, verlautete in der letzten Zeit, daß der ungarische Ministerpräsident in der letzten Zeit in mehreren Audienzen und in zahlreichen Besprechungen mit den führenden Staatsmännern der Monarchie die ungarische Lösung der bosnischen Frage forcierte.

Es war weiter erzählt worden, daß der Ministerpräsident Huszarik zuletzt im gemeinsamen Ministerrat den Absichten der ungarischen Regierung den heftigsten Widerstand entgegengesetzt habe. Es wurde daher in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß das bosnische Problem noch nicht spruchreif sei. Nunmehr aber gewinnt man den Eindruck, daß die Verhandlungen bereits sehr weit gediehen sind. Der Widerspruch gegen die ungarische Regierung äußert sich naturgemäß am heftigsten bei den Südslawen und Tschechen, die heute schon den schärfsten Kampf gegen Ungarn ankündigen. Der Vorstand des tschechischen Klubs ist für den nächsten Montag nach Wien einberufen. An dieser Besprechung werden auch die südslawischen Führer und die Altpolen teilnehmen. Aber nicht nur diese Parteien, sondern auch alle übrigen wollen gleich in der ersten Sitzung des Hauses dringliche Anfragen in dieser Angelegenheit einbringen.

Die deutschen Parteien haben einen Ausschuß zur Beratung der südslawischen Frage eingesetzt, der sofort zusammentreten wird. Auf polnischer Seite verhält man sich ziemlich zurückhaltend. Man erklärt jedoch, daß die südslawische Frage programmgemäß nur im Zusammenhang mit der polnischen Frage zu lösen sei. Die österreichische Regierung wird durch den Minister-

präsidenten im Parlament wahrscheinlich schon am ersten Tage ihren Standpunkt in der bosnischen Frage in einer ausführlichen Erklärung bekannt geben. Es verlautet, die österreichische Regierung sei mit dem ungarischen Plane bezüglich Bosniens nicht einverstanden und werde erklären, daß die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei.

Zum Verständnis der Situation sei daran erinnert, daß es drei Projekte einer Lösung der südslawischen Frage gibt, das eine, sogenannte jugoslawische, wird von den Serben sowie von einem erheblichen Teil der Kroaten und auch von manchen österreichischen Slowenen gefordert. Dieses Projekt würde die Vereinigung von Kroatien und Slawonien, Bosnien und der Herzegowina, Dalmatien, Serbien und Montenegro vorsehen, wozu nach den Wünschen radikaler Politiker auch das ungarische Banat und die slowenischen Länder von Oesterreich kommen sollen. Die zweite Lösungsmöglichkeit ist die sogenannte großkroatische. Sie besteht in der Vereinigung von Kroatien, Slawonien, Bosnien, Herzegowina und Dalmatien, ferner womöglich auch der österreichisch-slowenischen Gebiete. Ihre Anhänger findet man bei der stark durchgesetzten kroatischen Rechtspartei (Frank-Partei), mit der auch einflussreiche bosnische Politiker wie der Erzbischof Stadler von Sarajewo und der oben erwähnte Dr. Pilar gesinnungsverwandt sind. Die dritte Lösung besteht in der Angliederung Dalmatiens an Kroatien und Bosniens an das Königreich Ungarn, aber ohne engeren Zusammenhang mit Kroatien. In diese Lösung treten nur die mohammedanischen Großgrundbesitzer Bosniens ein. Sie will aber das Ziel der ungarischen Regierungspolitik. In Oesterreich nähert man sich jetzt vielfach der großkroatischen Lösung, natürlich ohne Einbeziehung der österreichischen Slowenen; und der Kampf zwischen Budapest und Wien wird sich in der nächsten Zeit hauptsächlich auf diese beiden Lösungsmöglichkeiten beziehen.